

Homophobie in Berlin

1. Homosexuellenfeindliche Einstellungen

Homosexuellenfeindliche Einstellungen und Vorurteile sind auch in Berlin weit verbreitet und ein gesamtgesellschaftliches Problem. Sowohl die Studie „Einstellungen zur Homosexualität: Ausprägungen und sozialpsychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund“ (2007) von Prof. Bernd Simon von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als auch die von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt beim Kriminologischen Institut Niedersachsen in Auftrag gegebene Studie zum Thema „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin“ (2011) belegen dies (Vgl. dazu Anlage 1-4). Dabei zeigt sich, dass homosexuellenfeindliche Einstellungen in den verschiedenen Subgruppen unterschiedlich stark verbreitet sind; zu diesem Ergebnis kommen auch in anderen Bundesländern und im europäischen Ausland durchgeführte Untersuchungen.

Wichtig für den Umgang mit homosexuellenfeindlichen Einstellungen sind folgende Erkenntnisse:

Je mehr traditionelle Männlichkeitsnormen akzeptiert werden, desto stärker ist die Ablehnung Homosexueller.

Je mehr Jugendliche sich diskriminiert fühlen, desto homosexuellenfeindlicher sind sie.

Je mehr Kontakte zu Lesben und Schwulen bestehen, desto weniger homosexuellenfeindlich sind Jugendliche.

Je religiöser die Jugendlichen sind, desto homosexuellenfeindlicher sind sie. (Hier variieren die Korrelationen je nach Glaubensrichtung jedoch deutlich.)

Fazit:

Umso wichtiger ist die unmittelbare Arbeit mit Jugendlichen. Hierauf muss im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (ISV) zukünftig stärker der Fokus gelegt werden. Dies wurde in der Vergangenheit versäumt.

Eine Untersuchung von Wissenschaftlern der Humboldt Universität zu Berlin kommt zu dem Ergebnis, dass Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit des Lesbian- und Schwulenverbandes in Schulen zu einem generellen Umdenken im Sinne von Gleichberechtigung und Antidiskriminierung führt und ein Rückgang diskriminierendes Verhaltens bei Schüler/innen beobachtet werden kann.

2. Zwangsverheiratung und Gewalt

In Berlin herrscht ein Notstand in der Unterbringung erwachsener schwuler Männer, die sich aktuell in Lebensgefahr befinden, Gewalt erleiden müssen und/oder von Zwangsverheiratung bedroht sind. Erst wenn die betroffenen Personen durch die erlebte Gewalt suizidal werden oder schwere psychische Erkrankungen erleiden, werden sie über betreutes Wohnen oder durch Psychiatrien aufgenommen. Misshandlungen durch Familien oder das soziale Umfeld sowie Androhungen von Mord bei einem Coming-Out sind jedoch nicht abgedeckt.

So besteht ein gefährliches Angebotsdefizit in der Versorgung gefährdeter Personen. In der Krisenunterbringung für junge Homosexuelle und Transgender ist zwar ein gutes Angebot vorhanden (gleich-und-gleich e.V.), das auch vom LSVD für junge Klienten und Klientinnen genutzt und empfohlen wird. Ab 27 Jahren ist man der Gewalt und Homophobie seines Umfelds jedoch schutzlos ausgeliefert. Manche Gewaltopfer wollen in akuten Notsituationen illegale Scheinehen eingehen: dies erscheint ihnen in ihrer Verzweiflung die vermeintlich einzige Option zu sein, Leib und Leben zu sichern, da sie von staatlicher Seite nicht ausreichend vor Gewalt und Zwangsehen geschützt werden.

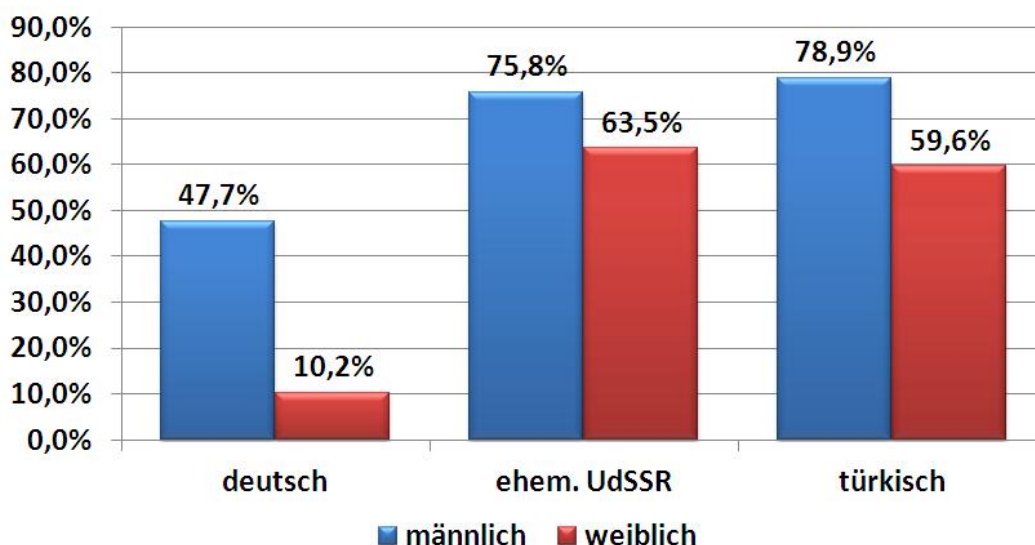
Fazit:

Die Einrichtung von Krisenwohnplätzen in einer sicheren Zufluchtsstätte für Männer wird dringend benötigt. Der Bedarf für schwule Männer liegt bei ca. zehn Fällen im Jahr. Die nötige Aufenthaltsdauer liegt bei mindestens sechs Wochen.

Anlage 1

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 2007

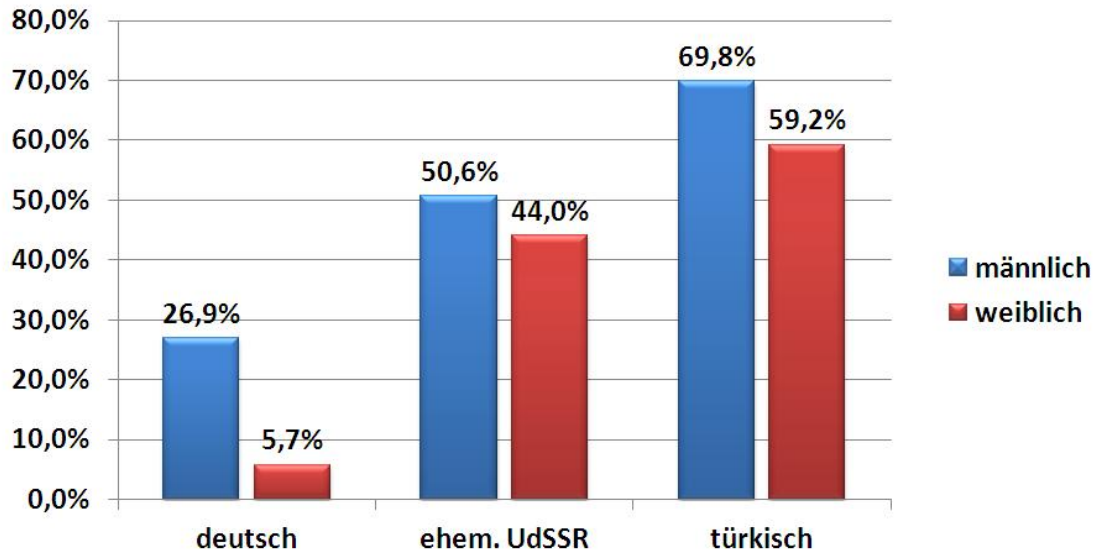
„Wenn sich zwei schwule Männer auf der Straße küssen, finde ich das abstoßend.“



Anlage 2

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 2007

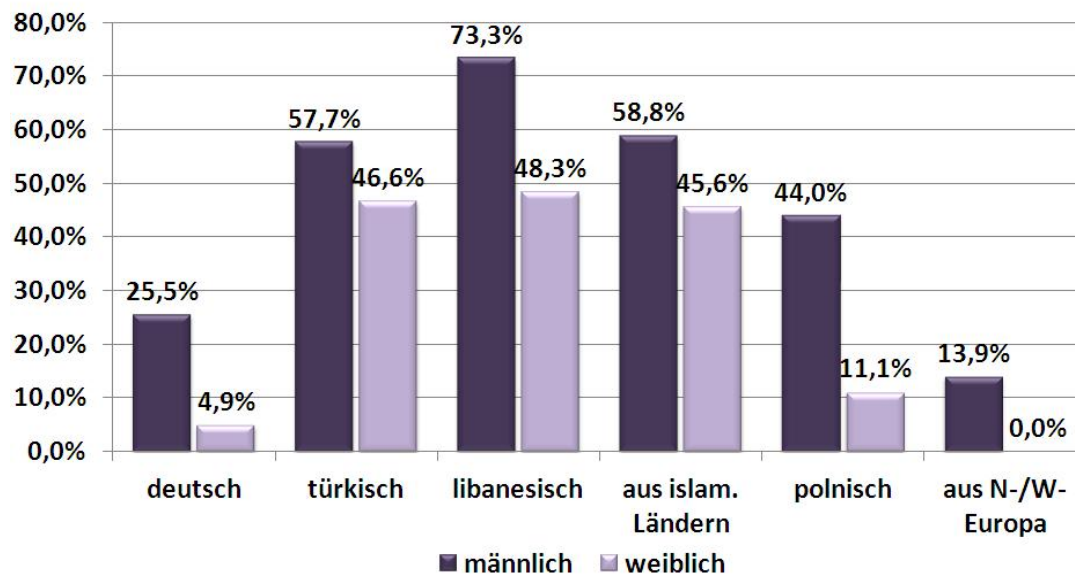
„Wenn ich ein Kind hätte, das schwul oder lesbisch ist, hätte ich das Gefühl, in der Erziehung etwas falsch gemacht zu haben.“



Anlage 3

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, 2011

Anteil Befragte mit homosexuellenfeindlichen Einstellungen nach Migrationshintergrund



Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, 2011

Anteil Befragte mit homosexuellenfeindlichen Einstellungen nach Schulform

